
Berliner Debatte Initial

1

25. Jg. 2014

Innovativer Rechtsextremismus?

Soziale Innovationen
im Rechtsextremismus

Kollmorgen
Quent

Laumann

„Gender-Terroristen“ und
„Homosexualisierung“

Virchow

Religionsprivileg als
Mittel zum völkischen Zweck

Wacquant

Marginalität, Ethnizität
und Strafen in der
neoliberalen Stadt

Pasternack

Die Hallesche
Bahro-Affäre 1977

Innovativer Rechtsextremismus?

Zusammengestellt von Raj Kollmorgen und Matthias Quent

Editorial	3	<i>Freerk Huisken</i> Zur Kritik des NPD-Verbots. Wie sich führende Demokraten mit rechtsradikaler Gesinnung auseinander- setzen, ohne diese zu kritisieren	78
<i>Raj Kollmorgen, Matthias Quent</i> Innovation und Reziprozität. Zur Bedeutung von sozialen Innovationsbeziehungen in der Entwicklung des Rechtsextremismus	5		
		* * *	
<i>Peter Schulz</i> Neue Nazis. Wie und warum sich die radikale Rechte verändert	18	<i>Loïc Wacquant</i> Marginalität, Ethnizität und Strafen in der neoliberalen Stadt. Eine analytische Kartographie	87
<i>Vivien Laumann</i> Von ‚Gender-Terroristen‘ und ‚Homosexualisierung‘. Rechtsextreme Geschlechterideologie am Beispiel der Thüringer Initiative <i>Free Gender</i>	33	<i>Peer Pasternack</i> Politik und Soziologie in der DDR. Eine exemplarische Kulmination in der akademischen Provinz: Die Hallesche Bahro-Affäre 1977	106
<i>Matthias Quent</i> Der „Volkstod“ und die Übriggebliebenen. Rechtsradikale Angebote und Machtgewinne in abdriftenden und dörflichen Regionen	40	<i>Hans-Gert Gräbe</i> Der tendenzielle Fall der Profitrate. Anmerkungen zu einem theoretisch umstrittenen Problem bei Karl Marx	119
<i>Peter Bescherer</i> Zwischen Standortschutz und Demokratisierungsprojekt. Selbstverständnis und Praxis der Protestbewegung gegen Rechtsextremismus am Beispiel Jena	54	<i>Rainer Land</i> Kann man <i>Entwicklung</i> messen? Sraffas „Warenproduktion mittels Waren“ im Rückblick	132
		DOKUMENTATION	
<i>Fabian Virchow</i> Das Religionsprivileg als Mittel zum völkischen und antisemitischen Zweck. Die Bewegung der Ludendorffer im Lichte staatlicher Verbotpraxis	66	<i>Michael Brie</i> Die kommunistischen Opfer kommunistischer Herrschaft. Anlässlich des 100. Geburtstags von Walter Janka	144

REZENSIONEN UND BESPRECHUNGEN

Utopien der frühsowjetischen
Architektur und Stadtplanung.
Besprochen von *Thomas Möbius* 149

Peter Ullrich:
Deutsche, Linke
und der Nahostkonflikt.
Politik im Antisemitismus-
und Erinnerungsdiskurs.
Rezensiert von *Christoph Gollasch* 152

Bernhard Emunds,
Wolf-Gero Reichert (Hg.):
Den Geldschleier lüften!
Perspektiven auf die monetäre
Ordnung in der Krise.
Rezensiert von *Ulrich Busch* 155

NACHRUF

Ingrid Oswald (1957 – 2013) 159

Editorial

Hätten Ermittler und Geheimdienste den Terror des Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) früher erkennen, gar aus den Entwicklungen des organisierten Rechtsradikalismus in den 1990er Jahren vorhersagen können? Warum wurde schon die Möglichkeit der Existenz einer neonazistischen Terrorgruppe in den rassistisch gefärbten Ermittlungen der Serie an Raubüberfällen, Sprengstoffanschlägen und Morden 14 Jahre lange geleugnet, obwohl die Betroffenen die Botschaft längst verstanden hatten und öffentlich kritisierten? Tausende, vor allem Migrantinnen und Migranten, demonstrierten nach dem mutmaßlich letzten rassistisch motivierten Mord des NSU 2006 in Kassel und Dortmund. Sie forderten „Kein 10. Opfer!“ und kritisierten, dass rassistische Tatmotive ausgeschlossen und stattdessen die Angehörigen der Ermordeten von den Ermittlungsbehörden verdächtigt und damit erneut viktimisiert wurden. Heute erwarten Hinterbliebene und Angehörige, politische und zivilgesellschaftliche Akteure sowie die kritische Öffentlichkeit von den parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und dem laufenden Strafprozess in München Antworten auf diese Fragen.

Noch kurz vor dem Untertauchen des späteren NSU im Januar 1998 verkünden anonym bleibende Experten, trotz sichtbarer Radikalisierung- und Militarisierungsprozesse der extremen Rechten drohe keine „braune RAF“ (Der Spiegel, 10/1997, S. 34). Fehleingeschätzt wurden – und werden z. T. noch immer – die Folgen menschenfeindlicher Mentalitäten in Behörden und der Nutzen geheimdienstlicher Methoden, vor allem der so genannten

„V-Leute“. In ihren bewegenden Erzählungen berichtet Semiya Simsek, Tochter des vom NSU getöteten Enver Simsek, auch darüber, wie die Ermittler jahrelang rechtsextremistische Motive ausschlossen, denn diese, so die Beamten, „hätten in der Vergangenheit immer einen anderen Zuschnitt gehabt“ (Semiya Simsek mit Peter Schwarz: „Schmerzliche Heimat. Deutschland und der Mord an meinem Vater“, Berlin 2013, S. 234). Unterschätzt wurde die Innovations- und Anpassungsfähigkeit rechtsradikaler Strategien, Organisations- und Gewaltformen, auch weil unflexible oder oberflächliche Analyserahmen – wie etwa der RAF-Vergleich – dominierten.

Vor diesem Hintergrund muss in der Sozialforschung gefragt werden, ob die bisherigen Methoden, Erklärungs- und Interpretationskonzepte ausreichen, um die modernen Entwicklungen des Rechtsradikalismus gehaltvoll analysieren und soziale Entstehungs- wie Wirkungszusammenhänge in der Bewegungsfamilie hinreichend aufklären zu können. Die hier versammelten Beiträge knüpfen damit an eine Frage an, die in dieser Zeitschrift bereits in dem Themenschwerpunkt *Rechtsextremismus als soziale Bewegung* (Heft 1/1996) aufgeworfen wurde.

Trotz der „Revitalisierung nationalsozialistischer Diskurse“ (vgl. Quent in diesem Heft) zeigt sich die rechtsextreme Bewegung nach wie vor innovations- und anpassungsfreudig, wenn es darum geht, die eigene politische Handlungsfähigkeit zu sichern und an veränderte gesellschaftliche Bedingungen anzupassen. Dabei reagieren die Rechtsradikalen sowohl auf staatliche Akteure wie auf Entwicklungen

der antinazistischen Bewegung, die ihre Strategien wiederum anpassen müssen. Statt von statischen Gebilden auszugehen, sollte der modernisierte Rechtsradikalismus unter einer Innovationsperspektive betrachtet werden, die auch die wechselseitigen Entwicklungsbezüge zwischen Rechtsradikalismus und dessen staatlichem und nicht-staatlichem Gegenüber berücksichtigt. Dafür plädieren *Raj Kollmorgen* und *Matthias Quent* in ihrem Artikel. Anhand dreier Wandlungsprozesse skizzieren sie soziale Innovationsdynamiken im deutschen Rechtsextremismus und formulieren eine neue Forschungsprogrammatische. *Peter Schulz* beschreibt anschließend in seinem Überblicksbeitrag, wie und warum sich die radikale Rechte in Deutschland in den letzten Jahrzehnten verändert hat und welche Erklärungsansätze diese Dynamiken mit welchen Argumentationsfiguren interpretieren. Am Beispiel einer neonazistischen Kampagne gegen Gender-Mainstreaming führt *Vivien Laumann* aus, wie die rechte Bewegung auf gesamtgesellschaftliche Paradigmenwechsel reagiert und welches Frauenbild dem modernisiert auftretenden Rechtsextremismus zugrunde liegt. Ändern zeitgenössische soziodemografische Prozesse und Diskurse die Programmatik und Erfolgsaussichten des Rechtsextremismus? *Matthias Quent* analysiert anhand der „Anti-

Volkstod-Bewegung“ die Zusammenhänge zwischen Rechtsextremismus und sozialem Wandel insbesondere in ländlichen Regionen.

Entwicklungen und Veränderungen der Aktionsschwerpunkte, Strategien und Akteure finden auch innerhalb der Bewegung gegen rechts statt, wie *Peter Bescherer* in seinem Beitrag am Beispiel der Protestbewegung in Jena, dem Herkunftsort des NSU, analysiert. *Fabian Virchow* stellt einen Sonderfall staatlicher Verbotspraxis und ihrer Folgen gegen extrem rechte Vereinigungen dar: Das Verbot des Bundes für Gotterkenntnis und des Verlags Hohe Warte durch Innenminister und Regierungspräsidenten 1961 traf auf eine Organisation, die bereits über Erfahrungen mit einem staatlichen Verbot verfügte und sich explizit auf das Privileg einer Religions- bzw. Weltanschauungsgemeinschaft berief. Trotz der Verbotsmaßnahme, die für den Verlag 1971 und für die Vereinigung 1977 gerichtlich für unwirksam erklärt wurde, setzten die Akteure ihre Tätigkeit nahezu bruchlos fort. Der Diskussionsbeitrag von *Freerk Huisken* setzt sich schließlich kritisch mit dem aktuellen NPD-Verbotsverfahren als Beispiel staatlich-repressiver Reaktion auf und Interaktion mit dem Rechtsradikalismus auseinander.

Raj Kollmorgen, Matthias Quent

Berliner Debatte Initial 25 (2014) 1

Sozial- und geisteswissenschaftliches Journal

© **Berliner Debatte Initial** e.V., Vorsitzender Erhard Crome, Ehrenpräsident Peter Ruben. Berliner Debatte Initial erscheint viermal jährlich.

Redaktionsrat: Harald Bluhm, Wladislaw Hedeler, Cathleen Kantner, Rainer Land, Udo Tietz, Andreas Willisch.

Redaktion: Ulrich Busch, Erhard Crome, Wolf-Dietrich Junghanns, Raj Kollmorgen, Robert Stock, Dag Tanneberg, Matthias Weinhold, Jan Wielgohs. Redaktionelle Mitarbeit: Jonas Frister, Johanna Wischner.

Verantwortl. Redakteur: Thomas Müller.
V.i.S.P. für dieses Heft: Raj Kollmorgen

Copyright für einzelne Beiträge ist bei der Redaktion zu erfragen.

E-Mail: redaktion@berlinerdebatte.de
www.berlinerdebatte.de

Berliner Debatte Initial erscheint bei WeltTrends, Medienhaus Babelsberg August-Bebel-Straße 26-53 D-14482 Potsdam
www.welttrends.de

Preise: Einzelheft: 15 €
Jahresabonnement: 40 €, Institutionen 45 €, Studenten, Rentner und Arbeitslose 25 €. Ermäßigte Abos bitte nur direkt bei *Berliner Debatte Initial* bestellen. Nachweis (Kopie) beilegen. Das Abonnement gilt jeweils für ein Jahr und verlängert sich um jeweils ein Jahr, wenn nicht sechs Wochen vor Ablauf gekündigt wird.

Bestellungen: Einzelhefte im Buchhandel; Einzelhefte (gedruckt oder als PDF) und einzelne Artikel (als PDF) im Webshop: www.berlinerdebatte.de oder per E-Mail: bestellung@berlinerdebatte.de oder telefonisch: +49/331/977 45 75 (Büro WeltTrends)